

H+ Schulden

Bündnis ruft Politik zur Reform der Schuldenbremse auf

Das IW wirft der Bundesregierung mit der Stiftung Klimawirtschaft und Fiscal Future vor, den Schuldenspielraum zu missbrauchen. Das Bündnis fordert eine Begrenzung der Verteidigungsausgaben.

Martin Greive, Jan Hildebrand
13.10.2026 - 04:00 Uhr



IW-Direktor Michael Hüther: Foto: Sina Schuldt/dpa

Zusammenfassung

Berlin. Das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW), die Stiftung Klimawirtschaft und Fiscal Future werfen der Bundesregierung vor, die neuen Schuldenspielräume nicht für zusätzliche Investitionen zu nutzen. Das geht aus einem Diskussionspapier hervor, das dem Handelsblatt vorliegt. Die Organisationen fordern höhere Investitionen und eine Reform der Schuldenbremse, die die Aufnahme neuer Schulden für Verteidigung begrenzt.

„Damit sich die dafür aufgenommenen Kredite rechnen, ist es wichtig, dass durch die öffentlichen Mittel auch private Investitionen und neues Wachstum ausgelöst

werden, damit die Zinsen abbezahlt werden können“, sagt Sabine Nallinger, Vorständin der Stiftung Klimawirtschaft. „Derzeit erleben wir allerdings noch das Gegenteil, weshalb die Regierung nachschärfen und mehr Investitionen in Zukunftstechnologien lenken sollte.“

Der Aufruf kommt zu einem politisch entscheidenden Zeitpunkt. Derzeit arbeitet die Koalition am Bundeshaushalt 2027. Wirtschaftsforschungsinstitute und der Bundesrechnungshof kritisieren die Bundesregierung seit Monaten scharf und werfen ihr vor, die neuen Verschuldungsmöglichkeiten für Wahlversprechen und zum Stopfen von Haushaltslöchern zu zweckentfremden.

Der Druck auf die Bundesregierung steigt

In Kürze soll zudem der Bericht der Expertenkommission zur Reform der Schuldenbremse erscheinen. Die Veröffentlichung hat sich verzögert, weil sich die Kommission nicht auf einen Vorschlag einigen konnte. Die von der Union entsandten Vertreter wollen Verteidigungsausgaben schnell wieder aus regulären Einnahmen finanzieren, die SPD will die Ausnahme für Verteidigungsausgaben dagegen langsamer zurückfahren.

Zudem pocht die SPD auf neue Ausnahmen für Investitionen von der Schuldenregel, was wiederum die Union ablehnt. Gleichzeitig wächst in der Bundesregierung der Druck, eine Reform zu erreichen. Insbesondere der Unionsfraktion bereitet die hohe Verschuldung zunehmend Sorgen.

» **Lesen Sie auch:** *Erhebliche Gefahren nach 2029: Institute sorgen sich um Staatsschulden in Deutschland*

Die Bundesregierung hatte im Frühjahr vergangenen Jahres die Schuldenbremse reformiert. Für Verteidigungsausgaben kann sie seitdem unbegrenzt Schulden machen. Zugleich schuf die Bundesregierung ein Sondervermögen von 500 Milliarden Euro für die Modernisierung der Infrastruktur. Das Versprechen lautete, mit den neuen Schulden zusätzliche Investitionen zu finanzieren.



Newsletter

Handelsblatt Energie Briefing

Jeden Freitag: Die wichtigsten Energie-News aus Wirtschaft und Politik. Kompakt kommentiert.

E-Mail-Adresse

Jetzt anmelden

Das IW, Fiscal Future und die Stiftung Klimawirtschaft stellen in ihrem Papier jedoch fest, dass dem Anstieg der Verschuldung des Bundes bislang nur geringe

Zuwächse bei Investitionen und Wachstum gegenüberstehen.

Der Grund: Der größte Teil der Neuverschuldung entfalle auf Verteidigungsausgaben. Zudem ersetze ein Teil der Mittel aus dem Infrastruktur-Sondervermögen ohnehin geplante Ausgaben. Im Klima- und Transformationsfonds wiederum nutze die Bundesregierung Mittel zunehmend für Entlastungen statt wie eigentlich vorgesehen für Investitionen.

Darunter leide das Wachstum. Damit könnte in Zukunft Geld fehlen, um die stark steigenden Zinskosten zu bedienen. „Die langfristige Wachstumsperspektive bleibt schwach, und der fiskalische Spielraum verengt sich, weil die Zinslast schneller wächst als die Wirtschaft“, heißt es in dem Papier. Bis 2030 werden sich die Zinsausgaben des Bundes gegenüber heute auf mehr als 80 Milliarden Euro nahezu verdoppeln – was wiederum den Spielraum für Investitionen eingrenzt.

„Die Politik verfügt über große Möglichkeiten, die Versäumnisse bei Infrastruktur, Transformation und Verteidigung nachzuholen“, sagt IW-Forscher Tobias Hentze. „Jetzt muss sie liefern und verantwortungsvoll agieren. Sonst kommt uns der Schuldenanstieg teuer zu stehen.“

Sieben Forderungen an die Regierung

In ihrem Papier machen die Organisationen sieben Vorschläge, wie die Investitionen dauerhaft gestärkt werden können:

- 1 **Versprechen einlösen:** Die Mittel im Infrastruktur-Sondervermögen sollten zusätzliche Investitionen auslösen, statt geplante Ausgaben zu ersetzen.
- 2 **Investitionen priorisieren:** Kredite sollten deutlich stärker an Investitionen gebunden werden.
- 3 **Schuldengrenze für Verteidigung:** Der Kreditspielraum für Verteidigungsausgaben sollte nach Erreichen des Nato-Ziels von 3,5 Prozent des BIP begrenzt werden. Ab dem kommenden Jahrzehnt sollte er kontinuierlich abschmelzen.
- 4 **Einnahmen investieren:** Erlöse im Klimafonds sollten dort bleiben und für Investitionen in den grünen Umbau der Wirtschaft genutzt werden.
- 5 **Mehr Kontrolle:** Mittelbindung und Mittelabfluss der Sondervermögen für Infrastruktur und Klima sollten besser erfasst werden.
- 6 **Beteiligung privaten Kapitals:** Programme sollten so gestaltet werden, dass jeder öffentlich investierte Euro rund 1,50 Euro private Investition auslöst.
- 7 **Bürokratie abbauen:** Antrags- und Nachweisverfahren sollten vereinfacht und Bewilligungshorizonte verlängert werden.

Verwandte Themen



SPD
[Folgen](#)



Schuldenb...
[Folgen](#)

„Junge Menschen sind auf zukunftsfähige Staatsfinanzen angewiesen. Hierfür muss die Finanzierung von Investitionen verstetigt werden“, sagt Carl Mühlbach, Geschäftsführer von Fiscal Future. „Zudem muss die Bereichsausnahme für Verteidigung zurückgefahren und durch eine Stärkung der Einnahmeseite ersetzt werden.“

Die Stiftung Klimawirtschaft ist eine unternehmerische Initiative von Vorstandsvorsitzenden, Geschäftsführern und Familienunternehmern in Deutschland. Sie wirbt für ambitionierten Klimaschutz. Die Nichtregierungsorganisation Fiscal Future ist ein Zusammenschluss junger Menschen. Die Gruppe setzt sich für eine nachhaltige Finanzpolitik ein und hielt die frühere Schuldenbremse für viel zu restriktiv. Das IW ist ein arbeitgeberfinanziertes Wirtschaftsforschungsinstitut.

IW-Direktor Michael Hüther spielte bei der Reform der Schuldenbremse im Vorjahr eine maßgebliche Rolle. Er hatte zuvor eine höhere Verschuldung gefordert. Allerdings kritisiert Hüther seit Monaten, die Bundesregierung setze die Mittel nicht zielgerichtet für Investitionen ein.

Mehr: Bilanz eines wirtschaftspolitischen Totalschadens: Und dann verspielt der Kanzler auch noch das Erbe der CDU [H+](#)